

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 49 • 36. Jahrgang

Berlin, den 6. Dezember 1930

Bekanntmachung

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose, kranke und invalide Verbandsmitglieder

Der Vorstand hat unter Berücksichtigung der immer größer werdenden Arbeitslosennot beschlossen, auch in diesem Jahre an die arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder eine Extraintersubstanz zur Unterstützung zu bringen. Sofern die einzelnen Zahlstellen in der Lage sind, aus ihren Ortsklassen und durch Sammlungen oder Extrabeiträge Mittel aufzubringen, um die vom Vorstand beschlossenen Unterstützungsätze zu erhöhen, dürfte das von den notleidenden Kolleginnen und Kollegen sicherlich dankbar begrüßt werden.

Aus der Verbandskasse erhält jedes arbeitslose Mitglied, das in der Woche vom 14. bis 20. Dezember dieses Jahres arbeitslos gemeldet ist, eine Weihnachtsunterstützung nach folgenden Bestimmungen:

Unterstützungsberechtigte Arbeitslose erhalten denselben Satz an Weihnachtsunterstützung, den sie für die Woche vom 15. bis 21. Dezember als laufende Arbeitslosenunterstützung beziehen, mindestens aber 5 Mark.

Ausgezeichnete Arbeitslose erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie in der letzten Unterstützungswoche für sechs Tage als Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, mindestens aber 5 Mark.

Noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder erhalten für sechs Tage den Satz der Arbeitslosenunterstützung ihrer Klasse, im Dezember 1930.

Beitragsklasse, den sie nach 52wöchiger Beitragsleistung beziehen würden, ebenfalls nicht unter 5 Mark.

Für jedes Kind bis zu 14 Jahren erhalten die Arbeitslosen aller drei vorgenannten Gruppen außerdem noch einen Zuschlag von 2 Mark.

Alle in der Woche vom 15. bis 21. Dezember dieses Jahres im Krankenstand befindlichen Mitglieder, die keine Krankenunterstützung vom Verband mehr beziehen — also ausgezahlt sind —, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie für sechs Tage als Krankenunterstützung nach ihrer Beitragsklasse und Mitgliedsdauer beziehen würden. Mindestens aber 5 Mark. Auch sie erhalten für jedes Kind unter 14 Jahren einen Zuschlag von 2 Mark.

Alle Arbeits- und Altersinvaliden, für die die Voraussetzungen des § 5 Ziffer 4 und des § 11 des Verbandsstatuts zutreffen, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag, den sie für sechs Tage Arbeitslosenunterstützung in der Beitragsklasse beziehen würden, in der sie vor ihrer Invaliddität Beiträge geleistet haben. Auch hier beträgt die Mindestunterstützung 5 Mark. Sie erhalten ebenfalls für jedes Kind bis zu 14 Jahren einen Zuschlag von 2 Mark.

Die Abrechnung hat in der üblichen Form mit der Verbandskasse zu erfolgen.

Der Vorstand, J. A. E. Bucher.

Wie alljährlich vor Weihnachten, so auch diesmal bringt der Vorstand für die besonders notleidenden Mitglieder eine frohe Botschaft, die überall eine freudige Aufnahme finden wird. Die Sonderunterstützung am Jahreschluss ist in unserem Verband ein schöner Brauch geworden, den wir aufrechterhalten wollen. In Zeiten großer, ja größter Not, wie in diesem Jahre, wird er doppelt angenehm empfunden werden, er gibt den Ärmsten unter uns das sichere Gefühl des Geborgenseins, nicht allein zu stehen in diesem Winter des Mißvergnügens, sondern Freunde zu haben, die nicht nur mit schönen Worten helfen wollen.

Die Bekanntmachung des Vorstandes sagt in klarer Weise eigentlich nichts anderes als im vergangenen Jahre, und doch sind die Auswirkungen des Beschlusses unserer Verbandsleitung wesentlich stärker als bisher. Der Verband, das heißt die organisierten Berufskollegen und Kolleginnen geben reichlicher als vormals, die Arbeitslosigkeit ist größer geworden, und damit wird sich auch der Unterstützungsbetrag um ein bedeutendes vermehren. Nach vorsichtiger Schätzung dürfte sich die zur Verteilung kommende Summe in diesem Jahre gut verdreifachen.

Doch mit dieser Weihnachtsunterstützung soll es ja nicht sein Bewenden haben, es kann und muß

mehr getan werden. Die Beiträge aus der Verbandskasse müssen auf ein bestimmtes Maß beschränkt bleiben, das Verbandsvermögen darf für diesen Zweck nicht zu stark in Anspruch genommen werden, seine Bestimmung ist, wie bekannt, vornehmlich anderer Art. Hier hat die freiwillige Hilfe des einzelnen Mitgliedes einzusetzen, und sie wird einsetzen, wie Beschlüsse aus fast allen Mitgliederversammlungen erkennen lassen. Wir sind überzeugt, kein Mitglied wird zurückstehen, diese Beschlüsse zu erfüllen, sich an freiwilligen Sammlungen zu beteiligen oder bestimmte Beiträge für diese Weihnachtsunterstützung zu leisten. Was die Kollegen oder Kolleginnen geben, tun sie für sich selbst; keiner weiß, was das Arbeiterschiedsal mit ihm vorhat; viele, die im vergangenen Jahre gaben, sind heute unter den Nehmenden und haben vielleicht nicht entfernt daran gedacht, so fühlbar von der Not der Lage bedrängt zu werden.

Das schönste Zeichen gewerkschaftlicher Solidarität ist Opfermut und Hilfsbereitschaft für den anderen, beweisen wir doch damit und empfinden wir erneut, wie eng wir zusammengehören. Lassen wir also auch diesmal für die Kollegen und Kolleginnen, die in großer Not sind, die Taten sprechen. Es darf unter uns niemand geben, der sich davon ausschließt.

Mehr Rückgrat!

Die riesige Arbeitslosigkeit bringt nicht nur ungeheure wirtschaftliche Not über die Arbeiterklasse, sie hat auch die Machtverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum weitgehend zugunsten des Unternehmertums verschoben. Wir müßten nicht in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung leben, zu deren Lebensnotwendigkeiten die wirtschaftliche und seelische Unterjochung der Arbeiterklasse gehört, sollten sich die Auswirkungen dieser Machtverschiebung nicht auch in den Betrieben, im Verhältnis zwischen den einzelnen Arbeitnehmern und dem einzelnen Unternehmer bzw. seinen Antreibern bemerkbar gemacht haben.

Beim besten Willen ist es unmöglich, die gewerblichen Unternehmer und ihre Antreiber von diesem Vorwurf auszunehmen, obwohl gerade in diesen Kreisen oft und gern mit humanen Getinnungen renommierter wird. Unter der Devise: „Wenn Ihnen das nicht paßt, können Sie gehen!“, tritt man der Kollegenschaft mit einer solchen Rücksichtslosigkeit gegenüber, daß selbst besonneneren Naturen dem heranziehenden Haß gegen das herrschende Wirtschaftssystem nicht wehren können. Vom Haß bis zum politischen Radikalismus, der mit blutiger Gewalt Lösungen sucht, sind es nur wenige Schritte.

Angesichts der Tatsache, daß auch im Gewerbe ein Abgang von Arbeitskräften herrscht, ist es mindestens nicht ganz unverständlich, daß sich manche Kolle-

ginnen und Kollegen heute in den Betrieben gegenüber „vorgezogen“ übergriffen etwas passiver verhalten, als das früher überhaupt nur denkbar gewesen wäre. Und dennoch muß, selbst bei gewissenhafter Würdigung aller Hemmnisse, festgestellt werden, daß man auf unerer Seite in der Sinnahme von Übergriffen der Vorgezogen oftmals höchst unnötiger- und schädlicher Weise viel zu weit geht. Es ist zum Beispiel gar nicht einzusehen, aus welchen Gründen in den Betrieben Leute herumlaufen, die bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit mit Entlassung drohen und sich im allgemeinen eines ungehörigen Tones befleißigen. Erfreulicherweise läßt sich gegen solche Leute immer noch allerlei unternehmen. Steht es fest, daß ein Vorgezogen dem Personal regelmäßig ungehörig entgegentritt und mit Drohungen arbeitet, so ist es Pflicht der Betriebsräte, mit aller Energie auf Abhilfe zu drängen. Kein Betriebsrat macht sich regreßpflichtig, wenn er von der Betriebsleitung die Zurechtweisung oder Veretzung solcher Leute verlangt. Wo die Einwirkungen des Betriebsrates erfolglos bleiben, werden die Verbandsfunktionäre gern das Weitere übernehmen. Ihnen steht bei Verhandlungen mit den Geschäftsleitungen zunächst einmal die größere Unbefangenheit im Aussprechen dessen, was ist und eventuell getan werden soll, zur Seite. Ferner haben sie — wie auch die Betriebsräte — die Möglichkeit, derartige Angelegenheiten je nach Lage des Einzelfalles zur Klärung vor die Arbeitsgerichte zu bringen. Nicht zuletzt — und das hat sich immer als wirkungsvolle Waffe erwiesen — steht ihnen der Weg in die Öffentlichkeit frei. Tatsachenbehauptung, sofern sie sich nicht in beleidigender Form vollzieht, ist niemals strafbar und verpflichtet niemals zu Schadenersatz. Weshalb sollte man Unternehmer, die es zulassen, daß ihre Antreiber sich dem Personal gegenüber ungebührlich benehmen, oder die gar in dieselbe Kerbe hauen, nicht der breitesten Öffentlichkeit ohne Maske vorstellen? Wer keine Rücksichten nimmt, hat auch keine verdient.

Voraussetzung für das Eingreifen der Betriebsräte oder der Verbandsfunktionäre ist natürlich, daß ihnen von Übergriffen oder Drohungen der Vorgezogen überhaupt Mitteilung gemacht wird. Hier ist der schwache Punkt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben dazu nicht den Mut, weil sie befürchten, damit dem Nachgebedürfnis vorgezogenen Kreaturen zu verfallen. Wo das der Fall ist, werden die Betriebsräte und Verbandsfunktionäre ihre Eingriffe natürlich nicht unter Berufung auf den einzelnen Fall vornehmen können, sondern sie werden genötigt sein — wie das nachweislich schon mit Erfolg geschehen ist — im Verlaufe einer längeren Zeit hies- und stichfestes Material gegen die in Frage kommenden Vorgezogen zu sammeln, für dessen Auswertung der geeignete Augenblick abgewartet werden kann. Auf der anderen Seite aber muß mindestens von den organisierten Kolleginnen und Kollegen verlangt werden, daß sie wenigstens den Mut aufbringen, jede gerechtfertigte Beschwerde vorzubringen, unabhängig davon, ob dieser Beschwerde sofort oder im geeigneten Moment nachgegangen werden soll. Das darf im allgemeinen Interesse verlangt werden. Denn dadurch, daß man den in Frage kommenden Vorgezogen bei oder nach Begehung ihrer Frechheiten und Rücksichtslosigkeiten in vielen Fällen überhaupt kein Widerstand leistet, werden sie einerseits zur Abgabe weiterer Proben ihrer „Tüchtigkeit“ animiert. Wir brauchen aufrechte, stolze Charaktere in den Betrieben. Ohne sie ist es unmöglich, die immer zahlreicher auftretenden vorgezogenen Flegel wieder zur Reize zu bringen. Notwendig ist es unbedingt, gegen diese traurigen Erscheinungen, die mit der drohend geschwungenen Hungerpeitsche Knechtseligkeit und Unterwürfigkeit auch in den gewerblichen Betrieben zur Blüte bringen wollen, den rücksichtslosesten Kampf anzunehmen; einen Kampf, von dem mit gutem Recht das Wort gilt, daß der Zweck die Mittel heiligt. S.

Sum sogenannten Preisabbau

Gemeinsame Maßnahmen zum Preisabbau

Am 17. November traten die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB, der Sozialdemokratischen Partei und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Bundeshaus des ADGB zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeiten eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften schilderten an reichem Zahlenmaterial die von ihnen selbst seit dem letzten Jahr durchgeführte Preiserhöhungen und wiesen auf die steuerlichen und gesetzlichen Hemmungen hin, durch die ihre gesamte Tätigkeit und damit auch die Fortführung der Preisabbaumaßnahmen zur Zeit erschwert wird. Sie kennzeichneten an einer Reihe von Beispielen die Unzulänglichkeit der Ergebnisse der bisherigen, von der Regierung eingeleiteten Aktion. Die Konsumgenossenschaften würden aber trotz dieser starken Widerstände überall, wo sich die Möglichkeit bietet, weitere Preisreduzierungen vornehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verstärkten Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

Zur Erleichterung des Lohnraubes

Bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe wird der Schwindel vom Preisabbau die größte Rolle spielen, obwohl wir bis jetzt vom Preisabbau nichts verspürt haben. Aber als gutes Unternehmerargument werden die Gegenpieler darauf nicht verzichten können, sie haben ja auch weiter nichts, um ihre Anträge auf Lohnsenkung zu „begründen“. Wozu der von der Regierung „befohlene“ Preisabbau verwendet wird, wissen wir. Alle Unternehmer behaupten, die Preise nur senken zu können, wenn der Lohn abgebaut wird. Und die staatlichen Schlichter helfen dazu.

Ein Beispiel aus Berlin:
Bei der Berliner Milchversorgung spielt die Firma Bolle eine ausschlaggebende Rolle. Auch sie wollte am Lohn- und Preisabbau profitieren und verlangte Lohnsenkung des Personals. Unter Hinweis auf die Senkung des Milchpreises in Berlin um 2 Pfennig und auf „die allgemeine Verbilligung der Lebensmittel“ fällt der Schlichter einen Schiedspruch, der einen Lohnabbau von 5-6 Prozent vorsieht. Am Donnerstag wurde der Schiedspruch gefällt, am Freitag wurde der Milchpreis wieder von 28 Pfennig auf 30 Pfennig erhöht!

So etwas darf man nicht „Vertopplung von Lohn- und Preisabbau“ nennen, wie im Brüning-Programm steht, sondern Preisabbauschwindel zur Erleichterung des Lohnraubes.

Wie Preise entstehen

Der Warenpreis, den der letzte Verbraucher zu zahlen hat, erfährt auf dem Wege vom Produzenten zum Verbraucher vielfache Erhöhungen. So muß beispielsweise die Berliner Bevölkerung für zehn Pfund Kartoffeln 30 bis 40 Pf. zahlen, während der Landwirt dafür etwa 6 bis 8 Pf. erhält. Aber ein weiteres Beispiel bringt das „B. L.“, Nr. 540, folgende Berechnung:

Der hollsteinische Bauer erhält für den Zentner Weiztobl 70 Pf. Die Fracht von Holtsee (Neumünster) nach Berlin beträgt für den Zentner 66 Pf., also etwa ebensoviel, wie der Erzeugerpreis ausmacht. Das beweist, daß gewisse geringwertige Waren verhältnismäßig zu teuer befördert werden. Der Zentner Weiztobl kostet also einschließlich Fracht bis Bahnstation Berlin 1,36 M. Der Großhandelspreis beträgt augenblicklich in Berlin 2 bis 3 M., durchschnittlich also 2,50 M. Dagegen wird im Kleinhändler für den Zentner ein Preis von 7,50 M. verlangt, also das Dreifache des Großhandelspreises. Da die Hausfrau demnach für das Pfund 7 1/2 Pf. bezahlt, würden die 66 Pf. Fracht auf den Zentner allerdings nur den Bruchteil eines Pfennigs ausmachen. Erkauntlich ist aber die Tatsache, daß der Preis für Weiztobl vom Erzeuger bis zum Kleinhändler auf sage und schreibe das Zehnfache steigt.

Alle Möglichkeiten müssen ausgenutzt werden, um den Weg vom Produzenten zum Verbraucher zu verkürzen. Eine wirkliche Preisverbilligung ist nur auf diesem Wege möglich.

Preisabbau ist ohne Lohnsenkung möglich

Für die Berliner Elektro- und Maschinenindustrie ergaben sich in den letzten zwei Jahren Preisentkennungen bei Kupfer von 29, bei Zinn von 37, bei Zink von 43, bei Schellack von 59, bei Baumwolle von 45, bei Gummi von 58 Proz., ohne daß diese Ersparungen beim Rohstoffeinkauf ihren Niederschlag in den Preisen fanden.

Die deutsche Eisenindustrie ist heute der ganzen Welt, höchstens Amerika ausgenommen, überlegen, nachdem in wenigen Jahren der Koksverbrauch um 25 Proz. gesenkt, die Hochofenbedienung auf 3 bis 4 Leute beschränkt, der Gasverbrauch um 38 Proz. verringert, die Hochofenleistung um 150 Proz. vermehrt und so die Produktionskosten in der Roheisenindustrie auf die Hälfte gesenkt werden konnten. Was aber sehen wir bei den Eisenpreisen? Der deutsche Inlandspreis beträgt

für Stabeisen 137 M., der französische und belgische dagegen nur 89 M., und deutsches Stabeisen wird in Antwerpen für 81 M. verkauft. Wie es bei dem Stabeisen ist, so ist es bei Bandstählen, Draht und Blechen.

Der deutsche Inlandsmarkt, der die Grundlage der heimischen Wirtschaft ist, wird also zugunsten des Auslandsmarktes mit kartellmäßig überhöhten Preisen gedrosselt. Nachdem nunmehr die Inlandsaufkraft geschwächt ist, der Absatz stotzt, sollen obendrein noch nach dem Willen der Unternehmer die Löhne gesenkt werden. Eine jamose Konjunkturpolitik!

Verdacht!

Aus dem Verdegang eines ehemaligen Streikbrechers

Als an jenem denkwürdigen 28. März 1928 die Kollegenchaft im ganzen Reich in vollster Geselligkeit den erlauchten Unternehmern eine gemeinsame Kündigungsliste nach der andern auf die Schreibtische legte, um ihnen berechtigten Lohnforderungen durchschlagenden Nachdruck zu verleihen, da schickte in unserer Zahlstelle von rund 180 erforderlichen Unterschriften nur eine, eine einzige. Und diese Unterschrift war beim besten Willen nicht zu bekommen, weil der, der sie zu vergeben hatte, als einziger unter 50 Mitarbeitern im Betriebe gewillt war, Streikbrecherdienste zu leisten. Zwar gab ihm der Verlauf der damaligen Lohnbewegung keine Möglichkeit, seinen erbärmlichen Vorfall auszuführen. Dennoch aber kam ihm jene fehlende Unterschrift teuer zu stehen. Achtung! Flug er in hohem Bogen zum Verband hinaus; ein Flug, den er damals allerdings noch mit dem höflichsten Hinweis auf künftig zu erwartende Beitragseinsparungen quittierte. Nun, ein Vermögen hat er sicherlich nicht zusammenbekommen, denn es waren seitdem noch keine vier Wochen vergangen, da gehörte er bereits zu den 4 Prozent Arbeitslosen, die zu der erwähnten Zeit im Gewerbe gezählt wurden. Er ward seitdem nicht mehr gehört und gesehen.

Bis vor wenigen Tagen. Da tauchte unser Freund von damals wieder auf und bat um seine Wiederaufnahme in den Verband. Wenn so etwas passiert, weiß jeder Funktionär logisch, daß dahinter immer eine reizvolle Geschichte zu suchen ist, denn so mir nichts, dir nichts wandelt sich ein eingeleiteter „Sparer“ nicht zum „Verchwender“, der Woche für Woche seine sauer verdienten Groschen an den Verband abführt, „damit andere diese Zigarren rauchen können“. Hier sah die reizvolle Geschichte folgendermaßen aus:

Nach langer Arbeitslosigkeit war unser Unterschriftverweigerer vor etwa eineinhalb Jahren wieder in einem gewerblichen Betrieb gelandet. Während der ganzen Zeit gehörte er keinem Verbands an, wie sich das ja auch von selbst versteht. Er hatte also etwa 80 Wochen lang fleißig Verbandsbeiträge „gespart“. Uneigennützig, wie sparsame Menschen nun einmal sind, hatte er jedoch nicht vergessen, daneben auch noch für andere, in diesem Falle für seinen Chef kräftig zu sparen. Um auch diesem zu beweisen, welche Vorteile damit verknüpft sind, wenn ein Hilfsarbeiter unorganisiert ist, verzichtete er großmütig darauf, für tarifliche Löhne zu arbeiten, sondern begnügte sich mit Beträgen, die durchschnittlich 8-10 Mark pro Woche darunterlagen. Mittlerweile aber schmeit er eingesehen zu haben, daß es eine kostspielige Sache ist, dieserart zu sparen, weil dadurch lediglich die Taschen des „Brotgebers“ gefüllt werden, und so sagte er denn den mannaftesten Entschluß, um seine Wiederaufnahme in den Verband zu erlangen. Ein Entschluß, dessen Verwirklichung eine gar nicht so einfache Sache ist.

Der Kollegenchaft jedoch wurde dieser Fall mitgeteilt als ein trefflicher Beweis dafür, wie elendig der einzelne verfallen kann, wenn er die Gemeinshaft zwischen sich und dem Verbands böswillig zerschneidet.

S. D.

Deutsches Geld für die Faschisten

In einer Notiz des „Berliner Börsen-Couriers“, Nr. 523, wird über einen Zeitungsartikel berichtet, den der frühere Finanzminister Italtens, de Stefani, in einer dortigen Zeitung veröffentlicht hat. Das Berliner Blatt zitiert wörtlich folgenden Satz: „Wir müssen Sitler für die Kredite danken, die er, ohne es zu wollen, uns zur Disposition gestellt hat.“ Dann fährt das Blatt fort:

„De Stefani führt aus, daß diese Gelder es ermöglicht hätten, auf dem eigenen Effektenmarkt zu intervenieren und so Kursherabsetzungen zu kompensieren. Er zeigt ferner, welches gute Geschäft mit diesem Geschenk gemacht werden kann, indem man die Gelder, die in Panikstimmung zu billigem Zins hergegeben werden, wieder nach Deutschland zu dem dortigen hohen Zins zurückführt und man so auf Kosten Deutschlands verdient.“

Man sieht hieraus, wie hoch erfreut die italienische faschistische Wirtschaft über das unerhoffte Geschenk aus Deutschland ist. Wie die nationalitalienischen Elementarbede deutsche Wirtschaft geschädigt haben, wird man vielleicht erst nach einiger Zeit feststellen können. Aber schon jetzt ist es sicher, daß es einige Zeit dauern wird, ehe die Folgen dieser Seuche überwunden sind.

Die neue Notverordnung

Die Regierung Brüning hat auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung am Montag, dem 1. Dezember, vom Reichspräsidenten eine neue Notverordnung unterschreiben lassen, die wichtige Entscheidungen bringt. Uns interessieren zunächst die Änderungen der alten Notverordnung, die sogar einige Verbesserungen enthalten in bezug auf die Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Wir bringen diese für uns verbesserten Änderungen nachstehend:

Krankenversicherung

1. Die **Arzneigebühr** wird völlig aufgehoben: a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als zehn Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose (Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krankenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung); c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Angestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhelohn beziehen; d) das gleiche gilt für Schwerebeschädigte (Kriegsbeschädigte, die nach der Reichsversicherung Rente beziehen); e) für Tuberkulöse und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine Bescheinigung beibringen.

2. Für die **Krankenscheingebühr** gelten dieselben Freibestimmungen wie für die Arzneigebühr. Außerdem kann der Krankenschein naher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder in dringenden Fällen.

3. Bei **Lohn- und Gehaltsempfängern**, die neben dem Krankengeloh volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeloh erhöht werden.

Für denselben Personkreis ist durch eine Änderung des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches, des § 133c Abs. 2 der Gewerbeordnung und § 616 des BGB. bestimmt worden, daß der Anspruch auf Gehalt oder Lohn nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden kann.

4. Das **Hausgeld** war durch die Notverordnung auf die Hälfte gekürzt worden. Jetzt wird den Krankentassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen. Daneben wird für jeden Angehörigen ein Zuschlag von 5 Proz. zugelassen.

5. Die **Schwertkriegsbeschädigten**, die eine Zusatzrente beziehen, sind ebenfalls von der Entrichtung der Gebühr für den Krankenschein und den Krankenschein befreit.

Bei der Arbeitslosenversicherung

sind folgende Verbesserungen vorgesehen:

1. Den **Jugendlichen** zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wieder gegeben werden.

2. Der Paragraph 105a der Arbeitslosenversicherung, wonach die Unterstützungsätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von 18 Monaten auf 24 Monate ausgedehnt wird.

3. In Fällen, in denen die den Versicherten ordnungsgemäß abgezogenen Beiträge durch die Unternehmer nicht abgeführt worden sind, muß trotzdem den Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden.

Eine Frau denkt nach

Warum wird die Butter wieder teuer?
Auch die Eierpreise steigen schon.
Früher Winter kostete Geld und Feuer.
Warum wird noch weniger der Lohn?

Gerdas Stiefel sind neu zu besohlen,
Doch der Schuster macht's nicht auf Kredit.
Nachbars Gustav hat ein Fuhrn geklohlen,
Gestern nahm ihn der Geheime mit.

Warum bin ich abends wie zerschlagen
Und kann doch nicht schlafen in der Nacht?
Sieben Kinder habe ich getragen,
Dreie haben wir schon weggebracht.

Wenn nur Frieda in der Stellung bliebe,
Doch sie heult schon jeden Sonntag hier.
Paul fährt auf der See, wenn er doch schriebe!
Ella's Chef ist viel zu nett zu ihr.

Warum schwellen mir im Wasser so die Hände?
Früher muß ich doch von früh bis spät!
Das nimmt, fürcht' ich, noch ein schlechtes Ende,
Weil, Mann, doch nichts zugulichen hat.

F r i t z K i e d i m „Kulturwillen“.

Aus den Zahlstellen

Bielefeld. Daß die Bielefelder Kollegenschaft an den augenblicklich brennenden Tagesfragen auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht uninteressiert vorübergeht, bewies der außerordentlich gute Versammlungsbefuch am 26. November. Die Hauptanliegenstränge war wohl der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer.“ Eingangs der Versammlung wurden einige örtliche Angelegenheiten vom Vorsitzenden, Kollegen Spalhoff, vorgetragen. Besonders ist hierzu zu erwähnen, daß laut Bericht des Ortsvorsitzenden in den einzelnen Betrieben Sammelkästen zirkulieren sollen, um die Mittel aufzubringen, damit den Arbeitslosen eine kleine Weihnachtsgabe bereitet werden kann. Dringend wurde es den in Arbeit befindlichen Kollegen nahegelegt, bei dieser Sammlung praktische Solidarität zu üben. Weiter wurde auf die Bildungstunde des ADGB, aufmerksam gemacht und um rege Beteiligung ersucht. Über den Anschließ unseres Verbandes an die Buchdruckerinternationale sprach der Kollege Spalhoff einige aufklärende Worte. Er wies ferner auf die am 13. Dezember stattfindende Weihnachtsfeier unserer Zahlstelle in der „Eisenhütte“ hin und erwartet einen zahlreichen Besuch der Mitglieder. In der anschließenden Aussprache sprach der Kollege Winkelmann kurz einige Worte über das Vorgetragene und ging besonders auf verschiedene Fälle der betrügerischen Verkündungen in einer hiesigen Firma ein. Beobachtungsweise beteiligten sich die Kolleginnen, welche hierüber wohl nützliche Auskünfte geben konnten, trotz wiederholter Aufforderung an der Disziplin nicht. Kollege Spalhoff, der bei dieser Firma persönliche Erkundigungen eingeholt hatte, bestätigte die Ausführungen des Kollegen Winkelmann, ersuchte jedoch, im Interesse der Arbeitslosen nach Möglichkeit überlistet zu werden und in Zweifelsfällen, so solche gemacht werden dürfen, Auskunft bei den Funktionären oder Betriebsräten einzuholen. Kollege Spalhoff nahm nun zu dem Thema: „Die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer“ das Wort. Kurz streifte er die augenblickliche schlechte Wirtschaftslage — nach Ansicht der Unternehmer hervorgerufen durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften, zu haben nur durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung mit der Begründung, hierdurch auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden. Das Verfehlte dieser Ansicht wurde vom Kollegen Spalhoff an Hand bestehender Tatsachen nachgewiesen, er stellte die als jenseitig bekannten Worte des ADGB, als einziges Mittel zur Hebung der Wirtschaftslage hin. Über auch unser Gewerbe leidet ja nach den Ausführungen unserer Unternehmer ganz besonders unter den „hohen“ Löhnen. Gestützt auf den Schiedsgerichtsbescheid in der Berliner Metallgewerbe werden auch sie jetzt alles veruchen, ihre Lohnabbauziele durchzusetzen. Haben sie doch schon in der „Zeitschrift“ einen mehr als achtprozentigen Lohnabbau gefordert. Die satzungsgemäße Senkung der Lebensmittelpreise soll das Pfänder für die verschlechterte Lebenseristenz durch den Lohnabbau sein. Mit besonderem Nachdruck betonte Kollege Spalhoff, daß er zu der erbitterten Abneigung der jetzigen Regierung, die Preise zu senken, kein Vertrauen habe. Vielmehr solle der ganze Preisabbau rummel nur dazu dienen, um der Arbeiterschaft die bereits erfolgten Lohnsenkungen schmachtig zu machen. Würde der Lohnabbau wirklich in dem geforderten Umfang durchgeföhrt sein, dann werden unsere Unternehmer schon die notwendige Begegnung finden; um die erfolgreiche geringe Preissenkung wieder auszugleichen. Sollen wir für ein solches Wagnis aufgeben unsere Lebenslage noch weiter verschlechtern lassen? Wenn auch die schlechte Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit ein treuer Bundesgenosse der Unternehmer sind, so werden wir doch alles daran setzen, um diesen Lohnabbau ein Paroli zu bieten. Kollege Spalhoff schloß seine Ausführungen mit dem Appell, das hier Gehörte unter den Nichterhörenten zu verbreiten, Inorganisierte über den Ernst der Situation aufzuklären und unseren Reihen zuzuföhren. Ohne Diskussion wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 26. November 1930 in der „Eisenhütte“ außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer und ersucht den Hauptvorstand, alle Verschlechterungsanträge abzulehnen. Die Kollegenschaft der Zahlstelle Bielefeld stellt sich reslos hinter ihre Verbände und würde selbst vor dem äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurücktreten, um ihre berechtigten Lebensinteressen zu verteidigen.“

Düsseldorf. Große Gewerkschafts- und Gebung. Das Bezirkssekretariat Düsseldorf hatte am 19. November (Nacht und Tag) zu einer wichtigen Kundgebung, gegen den Generalangriff des Unternehmertums auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft“ aufgerufen. Etwa 2000 Funktionäre der freigewerkschaftlichen Organisationen von Rheinland-Westfalen-Lippe hatten sich im weiten Rund des Planetariums eingefunden. Als Referenten waren der Vorsitzende des ADGB, Genosse Theodor Leipart, und Dr. Raphael erschienen. Leipart sprach über das Thema „Gewerkschaften und Wirtschaftskrisis“ und Dr. Raphael über „Wirtschaftskrisis und Kapitalismus“. Die Ausführungen Theodor Leiparts sind auch für unsere Kollegenschaft so außerordentlich bemerkenswert, daß sie im nachstehenden auszugsweise wiedergegeben werden sollen. Wie ein Appell lastet auf Deutschland das furchtbare Schicksal der Arbeitslosigkeit. Es gibt kaum einen Menschen, der diesen Druß des Elends und Sammers nicht mitleidet. Auch die Unternehmer äußern ihre persönliche und menschliche Anteilnahme. Wenn aber Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenkommen, um über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Rat zu pflegen, ändert sich das Bild. Der Unternehmer wird zum nüchternen Redner, der die menschlichen Gefühle der Bedürfnisse der sogenannten „Wirtschaft“ unterordnet, dem der Arbeitslose als ein unwirtschaftliches Anhängsel erscheint, das Anspruch auf Hilfe nur in dem Maße haben darf, wie es das Wohl der Wirtschaft verträgt. Wir wissen, daß die Leistungen der Sozialversicherungen nicht in hellem Umfang gesteigert werden können. Sozialpolitik kann nur im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft getrieben werden, und der soziale Kulturstand eines Volkes ist abhängig von der Ertragsleistung seiner Wirtschaft. Nach unserer Auffassung darf jedoch die soziale Leistungsfähigkeit nicht aus dem Jahresgewinn der Volkswirtschaft etwa wie die Dividende einer Aktiengesellschaft erachtet, sondern muß von vornherein als wichtiger Posten im Hauptbuch der Wirtschaft eingestellt werden. Sozialpolitik ist für uns ein Teil der Wirtschaftspolitik, nicht aber erst ihr Ergebnis. Niemand kennt das Zauberwort, daß alle Räder mit einem Schlag wieder in Bewegung setzt. Um

so dringlicher ist jede erdenkliche Maßnahme, die wenigstens zur Belebung der Wirtschaft und damit zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Der Bundesauschuss des ADGB hat unter diesem Gesichtspunkt seine bekannten Forderungen aufgestellt. Unsere Forderungen bieten eine Möglichkeit für die Wiedereingliederung von Erwerbslosen in die Betriebe. Die Arbeitgeber halten uns als ersten Einwand entgegen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine neue Belastung der Betriebe darstelle. Bisher ist noch nicht nachgewiesen worden, daß wirklich eine Mehrbelastung eintreten muß. Wenn aber selbst diese Mehrbelastung eintritt: Ist sie im Verhältnis nicht viel geringer, ist sie nicht ungleich tragbarer als das schwere Opfer, das die Arbeiterschaft durch eine derart einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit zu bringen gewillt ist? Eine Reihe sozial empfindender Unternehmer hat bereits Verkürzung der Arbeitszeit durchgeföhrt. Wir verlangen, daß auch diejenigen Unternehmer, die noch nicht gelernt haben, sozial zu empfinden, zwangsweise zur Ausübung ihrer sozialen Pflicht angehalten werden. Bisher hat uns noch niemand ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitgeteilt. Die Gegenvorschläge der Arbeitgeber — Lohnsenkung oder Verlängerung der Arbeitszeit — sind abzulehnen, weil sie eine weitere Verschärfung der Wirtschaft bedeuten. Denn auf der einen Seite würde es etwa ein Jahr dauern, bis sich die Lohnsenkung in einer Senkung der Preise für den letzten Verbraucher auswirken würde — vorausgesetzt daß Weiterverarbeitung, Groß- und Kleinhandel sich nicht an ihr bereichern wollen, sondern sie wirklich zugunsten der Verbraucher durchföhren —, auf der anderen Seite würde die Lohnsenkung sich sofort in einen ebenso großen Kaufkraftausfall umsetzen, der insbesondere die Produkte der Industrie (Hausrat, Kleider usw.) trifft. Wir haben aus diesem Grunde auch die Schiedsgerichtsverfahren der letzten Zeit, die den Arbeitern eine Lohnsenkung aufgezwungen haben, als einen Schlag gegen die Wirtschaft empfunden. In der guten Konjunktur hat das Schiedsgerichtswesen sich schöhrend vor die Arbeitgeber gestellt und größere Erfolge der Gewerkschaften verhindert. Es wäre nur recht und billig, wenn es nunmehr die Interessen der Arbeiterschaft schöhren würde. Wir verlangen ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung und Kaufkraft der industriellen Bevölkerung. Wenn Roggen, Weizen und Zuder das Doppelte kosten wie auf dem Weltmarkt, wenn für so wichtiges Viehfutter wie Gerste und Mais gar zweieinhalbmal soviel gezahlt werden muß, dann entsteht ein großes Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft des deutschen und des ausländischen Arbeiters. Die deutsche Industrie hat Weltgeltung erlangt durch die deutsche Qualitätsarbeit. Es wäre eine nicht wieder gutzumachende Torheit, das Lebenshaltungsniveau und damit das Kulturniveau des deutschen Arbeiters zu drücken. Leipart sah seine Ausführungen in folgenden Zeitsätzen zusammen: Kampf für die Revision und die schließliche Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, wobei wir uns klar darüber sind, daß der Erfolg nur allmählich und nur durch innere Geseligenheit des deutschen Volkes gegenüber dem Auslande zu erzielen ist. Entlastung der Wirtschaft in erster Linie durch Sanierung der öffentlichen Finanzen. Denn gesunde Finanzen sind Voraussetzung und Rückgrat einer gesunden Wirtschaft. 40-Stunden-Woche als Notmaßnahme, die allmählich die Gesundung der Wirtschaft vorbereiten kann. Keine Senkung der Reallohne, weil sie den Aufschwung der Wirtschaft verhindert. Angleichung des deutschen Preisniveaus an die Weltmarktpreise durch Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, durch Kartellkontrolle und Zollentlastung. Förderung einer zeitgemäßen Umstellung in der Landwirtschaft ohne Kaufkraftverschiebung zugunsten der Arbeiterschaft. Kampf den Übergewinnen des Zwischenhandels, die den Verbraucher ebenso ausbeuten wie den Erzeuger. Kampf dem heutigen Junggeist der Innungen, die durch Verteuerung lebenswichtiger Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügen. Förderung des genossenschaftlichen Zusammenhanges bei Produzenten und Konsumenten; Unterstüzung aller Bestrebungen, die die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher zu gemeinsamen Handeln zusammenföhren. Leipart schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder und die große Zahl der immer Unentschiedenen zu fähren im Glauben an die Macht und Stärke der Gewerkschaften, an das Recht und den Erfolg gewerkschaftlichen Kampfes, an die Kraft und Hoheit gewerkschaftlicher Ideale, an das Gemeinschaftsgefühl und den Opfermut der deutschen Arbeiterschaft, an die Würde und Größe des deutschen Volkes.

Essen. Versammlung am Sonntag, dem 23. November. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde zum Rasenbericht, der gedruckt vorlag, Stellung genommen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann nahm unser Gauleiter Heilmann aus Köln das Wort zu seinem Vortrag über die allgemeine augenblickliche Lage. In durchaus klarer und nüchternem Art, wie sie ihm eigen ist, verbreitete sich Kollege Heilmann zunächst über die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehenden Fragen. Durch das Schlagwort „Preisabbau“ will man die ganze Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Lohnsenkung lenken. In längeren volkswirtschaftlichen Ausführungen wurden die uninnigen Behauptungen der Unternehmer widerlegt. Im Anschluß machte er auf den Aufbruch der freien Gewerkschaften an die Arbeiterschaft aufmerksam. Das Problem der Rationalisierung und der Arbeitslosigkeit wurde eingehend erörtert. Eine allgemeine generelle Arbeitszeitreduktion kann nur Besserung dieser unwirtschaftlichen und unsinnigen Verhältnisse bringen. Von gewisser Seite wird für unser heutiges Elend der Youngplan verantwortlich gemacht. Redner, der Betrachtungen über die Lage der anderen Länder anstellte, wies nach, daß dieses nicht der einzige Grund sei und nur zum Teil richtig wäre. Deutschland hat sich seit zwei Jahren wieder den Weltmarkt erobert. Seit dieser Zeit wird wieder eine aktive Handelsbilanz geführt. Auf unser Gewerbe übergehend kam Kollege Heilmann zu der Überzeugung, daß unsere bevorstehenden Lohnverhandlungen sich recht schwierig gestalten werden. Dieses ginge schon aus der Tatsache hervor, daß von Unternehmerseite für den 17. Dezember der Schlichtungsausschuss angerufen worden ist. Die Lage sei ernst. Unseren Unterhändlern könne man volles Vertrauen entgegenbringen. An jedes Mitglied ergoht der Ruf, den kommenden Dingen mit Ruhe und Besonnenheit entgegenzutreten. Mit dem Appell an die ganze Kollegenschaft, die Barole der Verbandsleitung abzuwarten, Verschlechterungen abzuwehren und wenn nötig die Konsequenzen zu ziehen, auch wenn es Weisheiten ist, schloß der Referent seinen

beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Aussprache unterstrich und ergänzte Kollege Grau die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge für das Gesamtwohl. Nachdem noch der Punkt „Verbandsangelegenheiten“ besprochen war, wurden einige Betriebsangelegenheiten erörtert. Kollege Knobloch machte auf die Schulungstunde für Funktionäre und andere Interessenten aufmerksam. Geleitet werden diese von unserem Gauleiter Kollegen Heilmann. Der nächste Kurzausschuss findet statt am 13. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokal Eidenhede, Müntenscheider Straße.

Zerlöhn. Eine außerordentliche Versammlung für das graphische Gewerbe wurde hier am Mittwoch, dem 26. November, abgehalten. Zweck derselben war die Festlegung für eine engere Zusammenarbeit zwischen den graphischen Verbänden, weshalb neben unserer Kollegenschaft auch die Vorstände der Buch- und Steinbrucker sowie deren Vertrauensleute zahlreich erschienen waren. Den Vorsitz führte Kollege Weinbohr von den Steinbrüdern, der in seinen Eröffnungsworten mit besonderer Herzlichkeit unseren alten Betreuer der Zerlöhner Hilfsarbeiterschaft, Buchdruckerkollegen Fritz Dübe, begrüßte. Über dringliche gewerkschaftliche Tagesfragen sprach Gauleiter Heilmann (Köln), der neben den allgemeinen Wirtschaftsfragen eingehend die derzeitigen Wirtschaftskrisis unseres Gewerbes und die Lohn- und Arbeitsmethoden der Firma Friedrich Doymann (Zerlöhn) im besonderen beleuchtete. Über Gehalt und Tarif, entgegen dem Grundgesetz von Treu und Glauben, daß diese Firma es wiederum verstanden, den Lohn der Kolleginnen zu schmälern. Die Kollegenschaft ist nicht schuldlos an dieser Lohnsenkung; statt zusammenzutreten und derartige Angriffe einmütig abzuwehren, sei sie uneins gewesen. Nach der im Jahre 1927 geschlossenen und daher erfolgreich durchgeföhrt Tarif- und Lohnbewegung hätten viele Kolleginnen ihre Dankbarkeit oder doch wenigstens Anerkennung für die Organisation und Aufhebung ihrer Mißlieblichkeit beantwortet, um schmarozend zu ernten, was andere gestiftet. Dieses unkollegiale Verhalten habe sich nunmehr bitter gerächt. Schleunigste Umkehr und gründlichste Einsicht für daher das Gebot der Stunde, um weitere unausbleibliche Schädigungen abzumännern. Die Aussprache ergab volle Anerkennung der Ausführungen. Die Gehilfen versprachen eifrige Unterstüzung, die anwesenden Kolleginnen bessere gewerkschaftliche Einheit, Aufklärung der übrigen und erneuten Zusammenhalt in einer festen Zahlstelle. Durch Neuwahl von Vertrauensleuten und Ergänzungswahl des Vorstandes wurden dann die Voraussetzungen für ein aktiveres Verbandsleben geschaffen. Freudige Zustimmung fanden die aufmunternden Worte des Kollegen Fritz Dübe, unter dessen früherer Leitung die Zahlstelle nicht nur Aufstieg und kollegialen Geist, sondern auch anerkannte Erfolge erzielt hatte. Trotz seines vorgeschrittenen Alters erklärte er sich freimütig bereit, der Hilfsarbeiterfrage wieder seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der gute Verlauf der Versammlung läßt die Erwartung zu, daß baldigst wieder der kollegiale Geist Einzug hält, der die Zerlöhner Kollegenschaft früher immer ausgezeichnete und der ihr auch die Achtung der Bruderverbände und der Unternehmer errang.

Köln. Am 21. November war im großen Saale des Volkshauses eine wichtige Mitgliederversammlung, die neben geschäftlichen Mitteilungen und Rasenbericht vom dritten Quartal einen Vortrag „Lohnverhandlungen in Sicht“ gegenannahm; außerdem wurde Beschluß gefaßt über Abhaltung einer Weihnachtsveranstaltung am 20. Dezember für die inpassiven und arbeitslosen Mitglieder. Aus dem Rasenbericht ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen im dritten Quartal 9908,50 M. betragen. An die Hauptkasse wurden abgeföhrt 7272,05 M. An Arbeitslosenunterstüzung wurden 1567,35 M., an Krankenunterstüzung 595,80 M. und an Invalidenunterstüzung 36 M. den Bezugsberechtigten ausbezahlt. Der Rasenbestand der Ortskasse wies am 20. September 21 084 M. auf. Dem Kassierer wurde die übliche Entlastung erteilt. Über „Lohnverhandlungen in Sicht“ sprach Kollege Heilmann. Ausgehend von der herrschenden Wirtschaftskrisis und dem Bestreben der Unternehmer, durch Lohnsenkung die Arbeitslosigkeit zu senken, erläuterte er die Gegenmaßnahmen des Bundesauschusses, die letzten Lohnkämpfe und die Auswirkungen der jüngsten Schiedsprüche. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen in unserm Gewerbe stellte er die Forderung auf, das laufende Lohnabkommen zu verlängern, wenn eine Lohnerhöhung nachweisbar etwa nicht getragen werden könnte. Der Reallohn müsse der Kollegenschaft erhalten bleiben. Die Buchdruckerunternehmer haben im letzten Jahr in geschickter Ausnützung der Wirtschaftslage wesentliche Vorteile erzielt, durch: 1. Einziehung der Sonntagsarbeit in die 48stündige Arbeitswoche, weil fast nirgends gemäß der Abicht der Tarifkonventionen irgendwelche Entstellungen erfolgt sind; 2. die neue Lohnregelung für Jugendliche hat den Unternehmern Lohnsenkungen bis zu 50 Proz. gebracht, da die ärztlichen Abkommen weit über der rechnerischen Festsetzung standen; 3. die Protokollnotiz, daß Boten, Laufburden usw. nicht unter den Reichstarif fallen, hat mancher Prinzipal in der rigorosesten Weise für sich ausgenützt; 4. die Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben sind lediglich den Betriebsinhabern zugute gekommen; 5. durch Entlassung älterer Arbeitskräfte mit über-tariflicher Bezahlung und Einstellung junger Leute zum niedrigen Minimum wurden weitere Vorteile für die Geschäfte erzielt; 6. die mehr oder weniger eingeführte Kurzarbeit sowie der Abbau der Leistungszulagen hat die Kollegenschaft in ihrem Einkommen geschmälert und die Unternehmer von den Lasten der Wirtschaftskrisis verschont. Es sei nicht mehr wie recht und billig, auch den Prinzipal Opfer zugumuten und die graphische Arbeiterschaft vor weiteren Schädigungen zu schöhren. Die gutbesuchte Versammlung war den Ausführungen mit Aufmerksamkeit gefolgt. Die Disziplin der Referenten dem Referenten bei und forderten zur Einigkeit und Organisationsstrenge auf. Als Weihnachtsunterstüzung wurde beschloffen, aus der Ortskasse den Ledigen, die seit 1. Juli arbeitslos sind, 12 M., den Verheirateten 15 M., denen, die seit 1. Januar arbeitslos sind, 15 M., und 18 M., und denjenigen, die schon im vorigen Jahr zum Meer des großen Meisters gehören, 18 M. und 21 M. zu zahlen. Witwen werden den Verheirateten gleichgestellt, ebenso Frauen, wenn der Mann nachweisbar arbeitslos ist. Ein Drittel der Ortsunterstüzung wird in Form der Konsumgenossenschaft „Sonnig“ ausgegeben. An der Weihnachtsunterstüzung der Unterstüzungsberechtigten werden auch die Vorstandmitglieder und die Vertrauensleute teilnehmen. Der Gesangsverein „Gutenberg“ hat sich in ungenügender Weise bereit erklärt, bei der Veranstaltung mit-zuwirken.

Handbemerkungen zur Politik

Wie groß müßte der Preisabbau sein?

Das Infinitiv für Konjunkturforschung hat errechnet, daß die deutsche Industrie innerhalb Jahresfrist die Effektivlöhne um 8 Proz. abgebaut hat. Seit dem Berliner Metallschiedspruch fest auch der Tarifabbau in breiter Front ein. Wir fragen: Wie groß müßte der Preisabbau sein, wenn eine nur 10prozentige Senkung der Reallohne ausgeglichen werden sollte?

Der Arbeiter gibt durchschnittlich die Hälfte seines Lohnes für Lebensmittel und Kleidung aus. Bei der anderen Hälfte, die für Miete, Verkehrsbedarf und sonstiges gezahlt wird, ist gegenwärtig eine Verbilligung überhaupt nicht zu erwarten. Wenn der Lohn um 10 Proz. sinkt, müßten demnach die Kosten für Lebenshaltung und Kleidung um 20 Proz. fallen, wenn der Ausgleich erreicht werden sollte. Statt dessen sind in dem Preisabbauplan von November die Kosten für Ernährung um ganze 1,4 Proz. und für Kleidung um 2,5 Proz. gesunken!

Gefährnisse

In Rußland häufen sich die Massenereignisse wegen „Sabotage des Wirtschaftsplanes“. Der neueste Fall ist die Entdeckung einer „Industriepartei“, die angeblich eine militärische Intervention des Auslandes vorbereitete. Die Angeklagten müssen wahre Wunder von Naivität sein — es sei denn, daß etwas nicht stimmt. Nach der russischen Berichtserstattung erklärt jeder der Angeklagten auf die Frage des Verbrecheninhalts: „Ja, ich betenne mich schuldig.“ Der Hauptangeklagte Ramzin sagt folgendes aus: „Ich möchte, daß durch diesen Prozeß die Nichtigkeit konter-revolutionärer Versuche zutage tritt und der Widerstand eines gewissen Teiles der Ingenieure und der technischen Kräfte aufhört.“ Ramzin „gesteht“ ferner, daß er mit Leuten wegen der Intervention verhandelt hat, die, wie sich herausstellt, seit Jahren tot sind. Seine Gefährnisse machen den Eindruck, als wolle er dem Staatsanwalt Krenko und dem Diktator Stalin eine persönliche Gefälligkeit erweisen.

Die Tscheta verfügt anscheinend über wirksame Methoden, jedes beliebige Gefährnis zu erhalten. Die Aussagen der Angeklagten werden dann als Beweis ihrer Schuld gewertet, und das Ende ist Erschießung. Ähnliche „Untersuchungsmethoden“ finden sich höchstens in den mittelalterlichen Inquisitionsprozessen der Kirche gegen Hexen und Ketzer, die nach einer „peinlichen Befragung“ auf dem Scheiterhaufen endeten.

Man nimmt an, daß die groß aufgezogenen „Säublungsprojekte“ in erster Linie ein Ablenkungsmanöver zur Verdeckung der inneren Schwierigkeiten Sowjetrußlands sind, die allerdings nicht durch Massenereignisse, sondern nur durch sachliche Arbeit überwunden werden können.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit

Im Rheinland wurde ein Flugblatt verteilt, das endlich den Ausweg aus allem Arbeitslosigkeit zeigt: „Die Flut der Arbeitslosigkeit steigt. Rettet! Die Franzosen bieten uns ein Militärbandis an, und zwar sollen wir bis zu ihrer Stärke aufrücken. Die Rüstungsindustrie kommt dann bei uns in Gang und wird die anderen Industrien mit sich ziehen. Die Arbeitslosigkeit wird schnell verschwinden.“

Man vermutet, daß das Flugblatt von der französischen Rüstungsindustrie finanziert wurde, die bei einer deutschen Aufrüstung natürlich noch mehr ausgebaut würde.

Wir haben dagegen einen wahrhaft arbeitserfindlichen Wunsch: daß all die Millionen Soldaten, die heute unter Waffen stehen, arbeitslos werden möchten, und daß man die 18 Milliarden, die man in allen Ländern jährlich für Rüstungen ausgibt, lieber ins Wasser werfen möge, als auf diese Weise Arbeit zu schaffen.

Hugenberg weiß Beschaid

Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg ist ohne Zweifel der meist blamierte Politiker Deutschlands. Selbst Hitler wird es schwerfallen, ihn in dieser Richtung zu überbieten. Hugenbergs Abneigung gegen den Marxismus verführte ihn zu folgender Äußerung:

„Sicht unsere Arbeitslosen! Können wir mit diesen müßigen und vom Reich unterhaltenen Armeen von Armen nicht eine ganze neue Welt aufbauen? Ist es nicht nur der Wahnsinn unseres marxistischen Systems, das sie wider Willen fesselt und — nicht etwa von den mitbürgerlichen Völkern, sondern von mitscheidenden Klassenbeiträgen der Arbeitsgenossen leben läßt?“

Während wir unsere Kraft in sozialistischen Experimenten vergeuden, ging Amerika den Weg, an dessen Ende der Arbeiter im Ford-Auto fährt. Aber auch Amerika wird in Form seiner Arbeitslosigkeit gerade heute auch von den Fluten sozialistisch-imperialistischer Weltzerüttung erfasst.“

Hugenberg empfiehlt uns Rückkehr zur frommen Einfachheit. Er selbst hat allerdings nicht diese Rückkehr vollzogen, denn das hat er als Inflationsgewinnler nicht nötig, sondern die Rückkehr zur frommen Einfältigkeit, die Karl an Alverne grenzt. Das beweist auch eine telegraphische Beschwerde, die er an den preussischen Ministerpräsidenten Braun sandte. Braun hatte nämlich erklärt, daß er Hugenberg nicht für so dumm halten könne, daß er glaube, die heutige wirtschaftliche Depression sei auf das marxistische System zurückzuführen. Anscheinend ist aber Hugenberg doch so dumm, sonst würde er sich nicht beschweren.

Rundschau

Karl Sella gestorben. Am 30. November hat einer der populärsten Berliner Kollegen die Augen für immer geschlossen. Karl Sella, der Berliner Arbeitsnachweiser, ist nach längerer Krankheit von uns gegangen. Als eifriger pflichtbewußter Kollege, der ganz in seiner Arbeit aufging, genoss er bei den Kollegen und Kolleginnen das größte Vertrauen. Seine Arbeit, zu der ihm die Berliner Mitgliedschaft vor zehn Jahren berief, war ihm die Best. Aber schon lange vorher, vor 30 Jahren schon, als die Arbeitsvermittlung noch sehr im argen lag, bemühte er sich freiwillig, ohne daß ihn jemand dazu berufen hatte, unter dem Falzpersonal bei den Ausschleusearbeiten eine gerechte Vermittlung durchzuführen. Das war damals seine leichte Aufgabe bei den noch jung oder überhaupt nicht organisierten Falzern. Aber er war anerkannte Autorität, sein Wort galt und er verstand es, sich durchzusetzen, ohne daß ein persönlicher Vorteil für ihn heraussprang. Der große Idealist ist er immer geblieben, die Mitglieder seiner Rechtschaffenheit. Auch als Verbandsmitglied hat er jederzeit seine Pflicht, sein Rat wurde gern gehört. Dieser einfache und recht denkende Mensch hatte fast nur Freunde. Sein Scheiden berührt alle, die ihn kannten, aufs schmerzhafteste. Dankbar werden wir seiner stets gedenken, denn er hat den Posten, auf dem er stand, voll ausgefüllt.

Die Tagung der Demog in Magdeburg. In Magdeburg fand kürzlich der 7. Verbandstag des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften statt. Viele Vereinnigung ist die Dachorganisation der den Gewerkschaften nahestehenden Baugenossenschaften und Gesellschaften. Die diesjährige Generalversammlung hatte deshalb ein erhöhtes Interesse, weil die Frage des Wohnungsbaues infolge der Regierungsmassnahmen im Vordergrund öffentlicher Betrachtungen steht. Am was es hierbei geht, wurde recht klar aus der Eröffnungsrede, die der Magdeburger Oberbürgermeister Genosse Weims hielt: Bei der Herstellung von Kleinwohnungen muß das Prinzip, gemeinnützig zu sein, an die Stelle des Geldverdienens gestellt werden. Das Wohlbedingten jener, die in den neuerbauten Wohnungen ihr Leben verbringen sollen, ist eine Kulturforderung ersten Ranges. Die Kultur kann nicht gedeihen in Höhlen und finsternen Löchern, sondern nur da, wo ihr die Wohnung den Boden bereitet. Das Hauptreferat hielt der Genosse Rudolf Wisseff der infolge seiner früheren Amtstätigkeit als Reichsarbeitsminister mit dem Wohnungsbau und seinen Problemen besonders vertraut ist. Wisseff ging mit den Plänen der Reichsregierung, die Hälfte der bisher dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel zu streichen, sehr scharf ins Gericht. Nach dem Bauprogramm der Regierung sollen im Haushaltsjahr 1931 165 000 Kleinwohnungen einfacher Art mit Hilfe der zusammengeführten Hauszinssteuermittel erstellt werden. Dagegen sind in den letzten vier Jahren mit Einfluß 1930 1,2 Millionen Wohnungen, mithin jährlich 300 000 Wohnungen, gebaut worden. Zur Zeit fehlen rund 700 000 Wohnungen. Das Statistische Reichsamt rechnet mit einem Zuwachsbedarf bis 1935 von 1 274 000 Wohnungen, das heißt pro Jahr mindestens rund 255 000. Da das Regierungsprogramm in den nächsten fünf Jahren nur den Bau von 600 000 Wohnungen aus öffentlichen Mitteln vorsieht, so wird sich ein ganz gewaltiger Fehlbetrag von Wohnungen ergeben. Was dies für die Bauwirtschaft und die deutsche Volkswirtschaft insgesamt bedeutet, kann jeder einseitige Mensch selbst ermesen. Im Durchschnitt der Jahre 1928 und 1929 wurden jährlich 8,8 Milliarden Mark in der Bauwirtschaft investiert. Es handelt sich bei dem Regierungsprogramm nicht um ein Ausbauprogramm, sondern ein Abbruchprogramm gezeigten Stils. — Diese eingehenden Ausführungen des früheren Reichsarbeitsministers wurden noch ergänzt durch den Vortrag, den der Kollege Dr. u. g. m. i. l. l. e. r über die Aufgaben des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus hielt. In der angenommenen Entschließung wird schärfster Protest erhoben gegen die geplante Einschränkung der Herabgabe von öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau. Die im Programm der Reichsregierung geforderten 23 Quadratmeter großen Einfaßwohnungen bergen die Gefahr in sich, daß Mietskafnern nach Art der Vorkriegszeit entstehen. Der Demog-Verbandstag fordert demgegenüber: 1. Die Bereitstellung der öffentlichen Mittel im bisherigen Umfang. 2. Zuwendung der öffentlichen Mittel nur an anerkannt gemeinnützige Bauherren. 3. Verwendung der öffentlichen Mittel nur zur Finanzierung von gesundheitlich und technisch einwandfreien Kleinwohnungen in angemessener Größe mit einer für die minderbemittelte Bevölkerung tragbaren Miete. 4. Verlängerung der Befreiung der Neubauten von der staatlichen Grundsteuer und den kommunalen Zuschlägen auf weitere fünf Jahre. Die Regierung und die Öffentlichkeit können an den Beschüssen des Verbandstages der Demog-Revisionsvereinigung in Magdeburg nicht vorübergehen. Es sind nicht nur die Meinung der gemeinnützigen Baugenossenschaften, sondern der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

20. Jahrhundert! Der proletarische Freidenkerverband in Leipzig hat in den Leipziger Straßenbahnen ein Werbeplakat aufhängen lassen, das den Zufuß enthält: „Kirchenausritt Bedingung.“ Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ treten gegen diesen Übergriff auf, müßten dann aber doch ein „Eingekandt“ veröffentlichen, das daran erinnert, daß von Leipziger Bevölkerung 10 Prozent keiner Kirche mehr angehören und 30 Prozent aller Kinder keinen Religionsunterricht mehr erhalten. Der Volkstribüne Laudenbold schreibt daraufhin: „Das Werbeplakat hat in weiten Kreisen starken Anstoß

erregt. Seine Worte wirken wie eine Aufforderung zum Kirchenausritt. Der Bund hält dies für unerträglich, denn die Bürger der Stadt sind zum größten Teil kirchenanhänger. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß das Plakat beseitigt wird.“ — Wie traurig muß es doch mit der Überzeugung des Bundes für seine Sache bestellt sein, wenn er von der einfachen Befolgung der Aufnahmebedingungen eines Verbandes einen Verstoß für seine Sache fürchtet!

Literatur

„Arbeiterfunk.“ Die einzige Funkstiftung der sozialdemokratischen Arbeiterfunk ist das offizielle Bundesorgan des Arbeiter-Radio-Bundes, der „Arbeiterfunk“. Sie erscheint wöchentlich mit einem ausgezeichneten Programm und den Beilagen „Kalkül-melter“ und „Sendebau“. In den letzten Ausgaben waren die auf der Annahmestunde des Arbeiter-Radio-Bundes gehaltenen Referate der Genossen Theodor Seibert und Kurt Baake veröffentlicht. Der „Arbeiterfunk“ muß von jedem Arbeiterführer an Stelle einer bürgerlichen Funkstiftung gehalten werden. Probehefte versendet der Verlag des „Arbeiterfunk“, Berlin S. 14, Dresdener Straße 34.

Kataloge für die Krankenversicherung. Von Arthur Traub, Verlag. Seit 3 von Norddeutscher Schließbücherei, 10. Auflage (36 bis 40. Tausend). Verlag Friedrich A. Wobbel, Weislag G. I., Mühlentstraße 20B, Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebelegungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Am Sonntag, dem 30. November, verstarb im Alter von 52 Jahren nach mehrtägigem Krankenlager an der Proletarierkrankheit unser Kollege, der Arbeitsnachweiser

Karl Sella

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen stets hilfsbereiten und opferwilligen Mitarbeiter und Kollegen, der während seiner 26jährigen Mitgliedschaft in unserem Verband in vorderster Reihe für die Interessen der Berliner Mitgliedschaft gewirkt und gestritten hat. Im Jahre 1920 berief ihn die Kollegenchaft auf den Posten eines Leiters des Arbeitsnachweises für das graphische Hilfspersonal, dem er in der schweren Zeit der letzten Jahre vorstand.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren an die Mitgliedschaft von Berlin.

Am 28. November verstarb nach kurzer Krankheit unsere liebe Kollegin

Eleonore Alppner

(in Firma „Göttinger Zeitung“)

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr die Zahlstelle Göttingen.

Am 25. November verstarb unser treuer Kollege

Johann Mahnte

(in Firma „Kostocker Anzeiger“)

Ehre seinem Andenken! Die Zahlstelle Rostock.

Am 27. November verstarb unser langjähriges Mit-

glied

Lisbeth Deß

(Inwalide)

an Herzklappenfehler.

Die Verstorbene hat 23 Jahre als Vertrauensperson im Interesse der Mitglieder gewirkt.

Ein dankbares Andenken wird ihr bewahren

Die Zahlstelle Magdeburg.

Am Freitag, dem 28. November, verstarb unser lieber

Kollege, der Hilfsarbeiter jetzt Inwalide

August Hinrichs

(früher in Firma A. Molling & Co.)

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Zahlstelle Hannover.

Unserer lieben Kollegin Anna Bangert zu ihrer Bewältigung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Darmstadt.

Abrechnungen

In der Woche vom 24. bis 29. November sind die Abrechnungen des dritten Quartals aus Breslau für den Gau Schlesien bei der Hauptkasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Breslau 2730,65 M., Dresden 1536,40 M., Köln 16 428,08 M.

Berlin, den 29. November 1930. S. Loda s. I.

Für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember ist die Beitragsmarke in das 49. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schütz. Charlottenburg, Meerfeldstraße 5. Fernr.-N. mit Postamt 1928. — Verlag: S. Loda s. I., Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte Ombö. Berlin SW 61, Dreifundstraße 5.



Lindcar - Fahrräder und Nähmaschinen sind das schönste Weihnachtsgeschenk

Kleinste Raten! Beste Ausführung! **Winterrabatt** auf alle Herren- und Damenfahrräder **10%** auf unsere Kinderfahrräder **5%**

Bezug durch unsere Niederlagen, durch sämtliche Ortsausschüsse des ADGB, sowie direkt durch das

Lindcar-Fahrradwerk AG., Bln.-Lichtenrade - Unternehmen der freien Gewerkschaften